

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des
Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung
am 05.10.2021 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen	entschuldigt
Herr Dr. Gerhard Kalinka	unentschuldigt
Frau Monika Nestler	
Herr Jörg Niendorf	
Herr Dr. Rüdiger Prasse	
Herr Robert Trebus	unentschuldigt
Herr Detlev von der Heide	unentschuldigt
Herr Jens Wylegalla	entschuldigt, i. V. Herr Hans-Georg Nerlich

Sachkundige Einwohner

Herr Detlef Klucke	bis 18:25 Uhr
Herr Peter Kramer	unentschuldigt
Herr Rico Oppitz	
Herr Bernd Wendlandt	unentschuldigt
Herr Klaus Wigandt	

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV und Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Herr Hubert Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes
Frau Birgit Hinze, Sachgebietsleiterin Verkehr im Straßenverkehrsamt
Herr Jean Kammer, Sachgebietsleiter Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Herr Andreas Christoph, Sachbearbeiter Grundsatzentscheidungen im Dezernat II

Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Gast

Herr Lutz Leow, Polizeihauptkommissar in der Polizeiinspektion Teltow-Fläming

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:51 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2021
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming - Bericht der Unfallkommission des Landkreises
Anträge
- 7 Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorenrechtlichen Wohnungen 6-4582/21-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Da keine Einwendungen gegen die Tagesordnung vorhanden sind, erklärt sich der Ausschuss mit dieser einverstanden.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2021

Herr Edler teilt mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 07.09.2021 2 Tage später nach der Einladung im System eingestellt wurde. Da auch hier keine Einwendungen vorliegen, wird die Niederschrift bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend, die Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan informiert darüber, dass die Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum stattfand. Sie verweist darauf, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung als zuständiger Fachausschuss beteiligt war an der Beschlussfassung der Gremien im Umgang mit dem öffentlich-rechtlichen Vertrag, aber auch an den vertraglichen Veränderungen, die vorgesehen waren, und was die Beschlüsse zur Beitragsordnung und zur Einrichtung eines Regionalen Entwicklungs- und Lärmschutzfonds betraf. **Frau Wehlan** erläutert detailliert die einzelnen Zusammenhänge und teilt mit, dass sich die beiden Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Loge und Frau Landrätin Wehlan, dazu entschieden haben, dass es hinsichtlich einer Diskussion zum Eintritt in das Gemeinsame Strukturkonzept eine Informationsvorlage geben wird, wie mit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft umzugehen ist.

Des Weiteren verweist **Frau Wehlan** nochmals auf die in den Gremien behandelte Vorlage und darauf, dass der Landkreis keine Aufgabe hat, sich an einer Projektentwicklung für einen Großraum, wie BER, einschließlich Berlin, zu beteiligen. Auch dieses wird von ihr näher erörtert. **Frau Wehlan** erklärt, dass sowohl die Diskussion um das Gemeinsame Strukturkonzept als auch eine Informationsvorlage zum aktuellen Stand miteinander verbunden werden sollten.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Niendorf wurde bekannt, dass an der B 101, außerhalb der Ortslage Welsickendorf, nunmehr ein Imbiss errichtet wurde. Da sich dieser außerhalb der Ortslage befindet, hätte er gern dazu nähere Informationen erhalten.

Frau Wehlan erklärt, dass sie dieses nur prüfen lassen kann und darauf, dass die Parkraumgestaltung an Bundes-, Landes- und mittlerweile auch an Kreisstraßen ein großes Thema ist. Sie wird die Frage mitnehmen.

TOP 6

Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming – Bericht der Unfallkommission des Landkreises

Herr Edler stellt die Berichterstatter zu dieser Thematik, Herrn Leow, Polizeihauptkommissar bei der Polizeiinspektion Teltow-Fläming, und Herrn Grosenick, Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes, kurz vor.

Herr Grosenick bezieht sich auf den vor ca. einem Jahr in ähnlicher Form in diesem Ausschuss abgehandelten Bericht zum Tagesordnungspunkt. Der Bericht über die Arbeit der Unfallkommission wurde fortgeschrieben. Der Aufbau des Vortrages sieht vor, dass Herr Leow zunächst einmal die Unfallbilanz für den Landkreis Teltow-Fläming im Jahr 2020 vorstellt, die Einschätzung seitens der Polizei zur Entwicklung des Unfallgeschehens, und Herr Grosenick dann in einem 2. Teil als Leiter der Unfallkommission des Landkreises Teltow-Fläming die Arbeitsschwerpunkte und die Einschätzungen für den zurückliegenden Zeitraum in den Schwerpunkten der Unfallkommission erläutert. In Vorbereitung zur Sitzung wurde versucht, auf die Beantwortung der bereits im vorigen Jahr gestellten Fragen, u. a. zur Einordnung der Zahlen, näher einzugehen.

Herr Edler bittet Herrn Grosenick darum, ihm mitzuteilen, ob dieser bereits eine Anfrage von Herrn Nerlich erhalten hat. Darauf erklärt **Herr Grosenick**, dass die Anfrage eingegangen ist und zunächst gesichtet wurde. Er würde es jedoch begrüßen, wenn diese Fragen gemeinsam mit dem Protokoll dann im Einzelnen vom Straßenverkehrsamt beantwortet werden können. Damit erklärt sich **Herr Nerlich** einverstanden.

Anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist, erläutert **Herr Leow** zunächst die Verkehrsunfallentwicklung in der Polizeiinspektion Teltow-Fläming im Jahr 2020. Unter anderem in Bezug auf die Auswirkungen von „Corona“ waren in dem Jahr nicht so viele Unfälle zu verzeichnen, und zwar über 600 Verkehrsunfälle weniger im Vergleich zum Vorjahr. Leider hat sich jedoch die Anzahl der im Verkehr getöteten Personen verdoppelt.

Herr Leow geht näher auf die Verkehrsunfallentwicklung im Vergleich zum Land ein. Gleichzeitig erklärt er, dass die Geschwindigkeit eine der Hauptunfallursachen von Verkehrsunfällen ist. **Herr Leow** erläutert detailliert die weiteren Unfallursachen, wie Abstand, Vorfahrt/Vorrang, Baumunfälle, Wildunfälle, „junge Fahrer“ und die viel diskutierte „Generation 65+“, und deren Entwicklung. Ebenso wird von ihm die Unfallbilanz bei den Motorrad- und den Radfahrern beleuchtet.

Herr Leow bietet wiederum dem Ausschuss an, im Vorfeld für die Behandlung der Thematik im kommenden Jahr Fragen zu formulieren, die dann von ihm beantwortet werden.

Die Anfrage des **Herrn Edler** zu den unterschiedlichen Ursachen von Todesfällen im Straßenverkehr wird von **Herrn Leow** näher beantwortet.

Herr Grosenick führt anschließend anhand einer ausführlichen Power-Point-Präsentation in den 2. Teil ein, die Arbeit der Unfallkommission des Landkreises. Er erläutert u. a. den aktuellen Stand „Zielerreichung Verkehrssicherheitsprogramm des Landes Brandenburg 2024“. Auch **Herr Grosenick** stellt fest, dass die positive Entwicklung im vergangenen Jahr auf die Einschränkung der Mobilität durch Kontaktbeschränkung und dergleichen mehr zurückzuführen ist.

Die Unfälle mit Personenschäden sind nicht deutlich zurückgegangen, sondern im Verhältnis fast gleich geblieben.

Herr Grosenick geht näher auf die Unfallhäufungsstellen, also die Schwerpunkte des Unfallgeschehens, ein, wo gleichartige Unfälle in einem Jahr gehäuft auftreten oder innerhalb von 3 Jahren 5 Unfälle mit Personenschaden. Anfang des Jahres hat die Kommission schon Unfallhäufungsstellen nach der Jahresbilanz, die von der Polizei vorgestellt wurde, schließen können, aber auch eine neu eröffnet, und zwar in Rangsdorf am „Südring-Center“, die erst im Jahr 2021 geschlossen wurde.

Herr Grosenick erörtert die Lage der Unfallhäufungsstellen näher.

Ziel war es, die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr um 40 % zu reduzieren. Zur Erreichung des Zieles war man ab 2013 gut unterwegs. Das Jahr 2020 hat jedoch mit 10 Verkehrstoten gezeigt, dass hier noch eine anspruchsvolle Aufgabe vor der Unfallkommission liegt. Dieses wird detailliert von ihm erläutert.

Herr Leow stellt bei den 10 Verkehrsunfällen mit 10 Verkehrstoten mögliche Unfallursachen dar. Hier wird insbesondere am Beispiel des getöteten Kradfahrers, der mit einer Beiwagenmaschine auf der L 74, Richtung Töpchin, viel zu schnell fuhr, die eindeutige Ursache „Geschwindigkeit“ näher erklärt.

Herr Leow geht darauf ein, dass man nur mit mehr Verkehrsüberwachung einen gewissen Druck aufbauen könnte, um vielleicht an so einer Stelle den Verkehrsteilnehmer im Vorfeld dazu zu bewegen, sich verkehrsgerecht zu verhalten.

Herr Grosenick führt als 2. Ziel im Verkehrssicherheitsprogramm die Reduzierung der Anzahl der Schwerverletzten an. Weiterhin informiert er darüber, dass sich aktuell in diesem Jahr 11 Häufungsstellen in der Bearbeitung der Kommission befinden.

Er geht weiterhin näher auf den „Hornbach-Kreisel“ ein, welcher immer noch die umfangreichste Unfallhäufungsstelle ist, aber auch auf die Ortsverbindungsstraße zwischen den Ortsteilen Ahrensdorf und Hennickendorf sowie die 2 tragischen Unfälle auf der L 792.

Gleichzeitig bezieht sich **Herr Grosenick** auf die im letzten Jahr getätigten Anfragen des Herrn Dr. Kalinka, welches die sicherste und welches die gefährlichste Art der Teilnahme am Straßenverkehr ist. Dieses wird anhand der einzelnen Verkehrsmittel detailliert von ihm erläutert.

Zusammenfassend stellt **Herr Grosenick** fest, dass man sowohl als Fußgänger als auch als Radfahrer sicher in unserem Landkreis unterwegs sein kann, jedoch immer unter der Voraussetzung, dass die Regeln der Straßenverkehrsordnung beachtet werden und dass man sie kennt.

Herr Grosenick erklärt abschließend, dass Fußgänger und Radfahrer die einzigen sind, die bei uns keine Prüfung zur Teilnahme am Straßenverkehr ablegen müssen. Alle anderen haben eine Fahrschule zu besuchen und eine Prüfung abzulegen.

Herr Nerlich fragt zum Punkt Gefährdungspotenz an, wie gewichtet wurde, dass ein Fußgänger als ungeschützte Person von den Konsequenzen her viel größere Schäden davontragen kann als ein Autofahrer. **Herr Nerlich** würde interessieren, ob das in irgendeiner Form in der Betrachtung einbezogen wurde, was für ihn wichtig wäre. Diese Frage wird von **Herrn Grosenick** ausführlich beantwortet. Gleichzeitig gibt **Herr Grosenick** jedoch auch zu bedenken, dass das Einkalkulieren eines Schutzgrades schwierig ist, zumindest in statistischer Hinsicht.

Herr Edler bezieht sich auf die Aussage des Herrn Grosenick, dass man als Fußgänger und auch als Radfahrer keine Prüfung ablegen muss. Daraus schlussfolgert er, dass es etliche Fußgänger- und Radfahrerunfälle gibt, wo die Unkenntnis elementarer Verkehrsregeln oder Verhaltensweisen eine nicht unerhebliche Rolle spielt. **Herr Grosenick** stellt dar, dass es sich hierbei um eine allgemeine Feststellung handelt und erklärt, dass man auf Landesebene angesprochen hat, wie die Verkehrserziehung vorangebracht werden muss, insbesondere in Schulen. Dieses wird umfangreich von ihm erörtert.

Herr Wigandt hat eine Nachfrage zu den Zielvorgaben von 40 und 50 %. Er hätte gern gewusst, wer diese Zielvorgaben beschlossen hat bzw. wo diese Zahlen herkommen. Die Frage wird von **Herrn Grosenick** beantwortet.

Herr Wigandt stellt die weitere Zusatzfrage: Was bräuchte man an Haushaltsmitteln oder Personal, um die Zahlen bis 2024 erreichen zu können, denn es wurde davon gesprochen, dass diese Zahl wahrscheinlich nicht erreicht wird?

Herr Grosenick führt dazu aus. Weiter gibt er aber auch zu bedenken, dass von ihm keine konkrete Summe benannt werden kann und die Erreichung der Zielsetzung 2024 auch nicht nur mit Geld zu erreichen sein wird, da es auf jeden einzelnen von uns ankommt, dass wir uns richtig verhalten.

Für **Frau Nestler** war der Vortrag sehr interessant. Sie legt jedoch dar, dass es zur Erhöhung der Sicherheit auch einer erhöhten Öffentlichkeitsarbeit bedarf. **Frau Nestler** bezieht sich dahingehend auf die damaligen Verkehrsteilnehmerschulungen und würde es begrüßen, Überlegungen anzustellen, inwieweit man diese wieder aktivieren kann, gerade auch im Hinblick auf die Änderungen der Regelungen in der Straßenverkehrsordnung.

Herr Grosenick unterstützt den Gedanken von Frau Nestler und führt aus, dass bereits auf Landesebene über dieses Thema gesprochen wurde. Die einhellige Meinung aller Fachleute war, dass mit der Verkehrserziehung nach der Grundschule nicht aufgehört werden, sondern diese in den folgenden Sekundarstufen 1 und 2 in irgendeiner Form Bestandteil des Bildungsauftrages sein sollte. Zwischen der Grundschule und der Erlangung einer Fahrerlaubnis zum Führen eines PKWs oder Kraftfahrzeuges ist eine Lücke, die aus seiner Sicht im Bereich der Bildung ausgefüllt werden kann.

Frau Nestler bezieht sich vielmehr auf die Zeit nach dem Führen eines Fahrzeuges und erwähnt nochmals die ehemaligen Verkehrsteilnehmerschulungen, welche für die Erwachsenen anberaumt wurden. Diese waren sehr wichtig, denn man konnte damit auch sein Wissen wieder auffrischen. **Frau Nestler** appelliert daran, diese Verkehrsteilnehmerschulungen zu aktivieren und das Ansinnen auch an die Kommunen nochmals heranzutragen. **Frau Nestler** geht davon aus, dass hier noch eine große Reserve liegt, um auch in der Verkehrssicherheit wieder ein bisschen voranzukommen.

Herr Edler hat eine Frage an Herrn Leow. **Herr Edler** erinnert sich an die frühere Aufstellung einer Art Schautafel in seinem Heimatort, in welcher die entsetzlichen Verkehrsunfälle aufgezeigt wurden, welches als Abschreckung und der Verkehrserziehung dienen sollte. In Bezug auf die benannten Verkehrsunfälle mit Todesfolge fragt er diesbezüglich an, ob auch dieses als Aufklärung dienen könnte, was von **Herrn Leow** beantwortet wird.

Herr Edler verständigt sich mit dem Ausschuss darauf, dass eine Vollaufklärung der entsprechenden Verkehrsunfälle wünschenswert wäre.

Anträge

TOP 7

Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorengerechten Wohnungen (6-4582/21-KT)

Herr Edler klärt den Zusammenhang der beiden Anträge, welche im Ratsinformationssystem zu erkennen sind.

Frau Nestler führt anschließend in den Antrag ein, legt dessen Wichtigkeit dar und verweist auf die dazugehörige Stellungnahme der Landrätin. **Frau Nestler** wirbt für eine positive Entscheidung des Ausschusses, da insbesondere bei altersgerechten Wohnungen große Probleme auftreten bzw. nicht genügend Wohnraum vorhanden ist, was auch für sozialverträgliche Mieten gilt.

Frau Nestler unterstützt die Stellungnahme der Landrätin, dass eine Arbeitsgruppe oder ein Ausschuss gebildet werden sollte, in welchem gemeinsam mit den Kommunen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und allen Betroffenen, die derzeit mit Wohnungsbau zu tun haben, ein Leitbild entwickelt werden sollte. Sie weist gleichzeitig auf die Probleme der unterschiedlichen Bauverfahren hin. **Frau Nestler** sieht die Leitbildentwicklung als einen Schritt, wie hier in unserem Landkreis gemeinsam mit den Unternehmen seniorengerechter Wohnungsbau vorangetrieben werden könnte.

Frau Wehlan bezieht sich auf die Stellungnahme zum Antrag und erläutert diese. Sie verweist auf den Bereich des Dezernates II, da hier unter der Rubrik „faire Mieten“ nochmals explizit eine besondere Personengruppe herausgehoben wurde. Hierbei erwähnt sie Herrn Christoph, welcher für die inhaltlichen Sachverhalte dieser Stellungnahme auch verantwortlich zeichnet und deshalb an der Sitzung teilnimmt. **Frau Wehlan** hebt unter anderem das Thema Bodenpolitik hervor, welches in dem Zusammenhang eine besondere Rolle spielt. Auch auf die Thematik Erbbau, wie beim Museumsdorf Glashütte, geht **Frau Wehlan** näher ein. Gleichzeitig werden verschiedene positive Beispiele von ihr erörtert, wie Bodenpolitik auch umgesetzt werden kann. Die Landrätin geht weiterhin detailliert auf die Probleme mit Wanderungsbewegungen ein, was insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, die eine Anerkennung erfahren haben für Bleiberecht. Dieses stellt hier beispielsweise eine Stadt wie Luckenwalde prozentual vor größere Probleme als in anderen Kommunen.

Herr Niendorf bezieht sich auf eine kürzlich stattgefundenene Gemeindevertretersitzung. Seine Gemeinde hat 2015 den Verkauf von gemeindeeigenem Wohnraum beschlossen, da diese finanziell desolat dasteht und sich mit dem Verkauf der eigenen Häuser im Endeffekt eine Einnahme versprochen hat. Es wurde darauf hingewirkt, dass dieser Beschluss zurückgenommen werden sollte, was auch getan wurde. Die Kommunalaufsicht wies jedoch letztendlich darauf hin, dass zunächst versucht werden sollte, den Haushalt auszugleichen und verkauft werden muss. **Herr Niendorf** ist der Meinung, dass hier im Süden, wie beispielsweise seine Kommune, die sich in der Haushaltssicherung befindet, Kommunen nicht in der Lage sein werden, noch sozialen Wohnungsbau durchzuführen.

Was gemeindeeigene Grundstücke betrifft, ist seine Meinung, dass man nicht das so genannte „Tafelsilber verscherbeln“ sollte und man danach nichts mehr zur Verfügung hat, da auch niemand weiß, was mit dem Geld zukünftig wird und worauf man sich finanziell noch einstellen muss.

Der Zugriff auf Privateigentum wird von **Herrn Niendorf** natürlich abgelehnt. Er geht näher auf die Rentenlage ein und dass dieses zukünftig ein großes Problem darstellen wird. In Bezug auf die Thematik Altersarmut erklärt **Herr Niendorf**, dass es sich hierbei um einen Personenkreis handelt, der das Land aufgebaut hat und es nunmehr nicht sein kann, dass für diese Personen die Rente nicht reicht, auch trotz Steigerung der Kosten.

Herr Niendorf geht davon aus, dass man jetzt mit diesem Antrag ein Anschieben bewirken kann, welches jedoch im Endeffekt das ganze Problem nicht heilt, was wir hier in Deutschland haben. Entsprechende Hilfe müsste seitens der Bundes- und Landesregierung kommen. In Bezug auf den Kreis stellt **Herr Niendorf** dar, dass die Kommunen für die Umsetzung kein Geld zur Verfügung haben.

Hinsichtlich des altersgerechten Wohnraums erklärt **Herr Niendorf** anhand seiner Wohnortsituation, dass die alten Leute nicht von ihren Bauernhäusern in ein Heim ziehen möchten. Er erörtert die dortige Pflegesituation. Als Schlussfolgerung gibt **Herr Niendorf** an, dass wir hier in den nächsten Jahren ein riesiges Problem bekommen werden.

Frau Nestler verweist darauf, dass viele Bauernhäuser nicht altersgerecht sind. Es ist ihrerseits nicht möglich, dass die Kommunen Häuser bauen sollen. Dennoch könnten aber bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden, die betreffenden Häuser ein bisschen altersgerechter umzubauen. Sie hebt die angesprochene Innenbereichssatzung hervor, mit der bestimmte Regularien für solche Verfahren vereinfacht werden könnten. Der Antrag soll ein Anstoß sein, dass wir uns mit dieser Thematik befassen und gemeinsam mit den Kommunen versuchen, Lösungen zu finden, da irgendwann das Problem auf uns zukommen wird.

Nach einem kurzen Gespräch mit Frau Wehlan bittet **der Ausschussvorsitzende** Herr Christoph, zu der Thematik unterstützend Erklärungen abzugeben.

Herr Christoph stellt sich kurz vor. Er erläutert, dass mit dem Antrag eine Leitbilddiskussion angeregt werden sollte, die durchaus nötig ist. **Herr Christoph** geht detailliert auf die Einzelheiten des Antrages ein und den derzeitigen Wohnungsmarkt, der tendenziell durchaus im Steigen ist, jedoch wenig beeinflusst werden kann. Es ist noch nicht erforderlich, über Bebauungspläne zu sprechen, sondern es geht als Hintergrund dieses Antrages zunächst darum, was können die Kommunen, gemeinsam mit ihren Wohnungsbaugenossenschaften, tun, dass im Grunde die Mischung in unseren Gemeinden so bleibt, dass wir nicht dafür sorgen, dass die älteren Leute irgendwo in Randregionen abgedrängt werden, wo sie nicht hingehören. Dieses wird näher von ihm erläutert.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Niendorf stellt **Herr Christoph** dar, dass das Land natürlich versäumt hat, schon Jahre zuvor genug Mittel bereitzustellen, den sozialen Wohnungsbau so attraktiv für die Kommunen zu machen, dass er finanzierbar und auch umsetzbar ist. Wenn aus der Leitbilddiskussion vielleicht hervorgeht, dass der Landkreis oder die Landrätin bzw. der Landrat beauftragt wird, mit dem Land darüber zu sprechen, hier mehr Initiative zu ergreifen, wäre das bereits der Gewinn in dieser Angelegenheit.

Herr Edler fragt bei Frau Nestler an, ob bei einer Abstimmung die Stellungnahme der Landrätin berücksichtigt werden soll oder die Abstimmung über den Antrag ausreichend ist.

Frau Nestler erklärt, dass die Stellungnahme der Landrätin dem Antrag beigefügt ist und eine Abstimmung über den Antrag deshalb ausreicht.

Herr Edler lässt daraufhin über den Antrag Nr. 6-4582/21-KT abstimmen:

Der Kreistag wolle beschließen:

- 1. In Anbetracht der demografischen Entwicklung ist im Landkreis Teltow-Fläming dem Thema „Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorengerechten Wohnungen“ eine noch größere Bedeutung einzuräumen.**
- 2. Die Landrätin wird beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeister*innen sowie dem Amtsdirektor, konkrete Handlungsschwerpunkte aufzuzeigen, um das Thema „Faire Mieten und weiterer Ausbau von seniorengerechten Wohnungen“ zu befördern. Eine gemeinsame Erklärung, dass der Landkreis sowie die Gemeinden und Städte in Teltow-Fläming das Gütesiegel „Mein Fair-Mieter“ unterstützen, ist zu prüfen.**

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen empfohlen.

Herr Edler beendet damit die Sitzung, bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht sowohl einen schönen Feierabend als auch einen guten Nachhauseweg.

Luckenwalde, den 10.01.2022

Edler

Mehlis

Vorsitzender

Schriftführerin